



20/9177  
Drucksache 20/9209  
20.09.2022  
201091  
SL

# HESSISCHER LANDTAG

~~Dringlicher Entschließungsantrag~~

Antrag

**Fraktion der Freien Demokraten**

**Demokratie und Freiheit in Europa. In der Ukraine werden sie verteidigt.**

PL

Der Landtag wolle beschließen:

1. Das Land Hessen steht weiterhin fest an der Seite der Menschen der Ukraine. Der menschenverachtende russische Angriff auf die Ukraine bricht das Völkerrecht. Die Gräueltaten der russischen Armee an der ukrainischen Zivilbevölkerung verurteilen wir auf das Schärfste. Sie bedürfen der Verfolgung. Die Ukraine hat ein Recht auf Selbstverteidigung. Die Menschen in der Ukraine wollen Freiheit, Demokratie und Unverletzlichkeit ihrer staatlichen Grenze. Hessen unterstützt diese Ziele. Wir unterstützen die Sanktionspolitik gegen Russland. Verstöße gegen die Sanktionen, seien sie von Privatpersonen, Unternehmen oder der Öffentlichen Hand, sind konsequent zu verfolgen. Die Ukraine muss erfolgreich sein. Demokratie und Freiheit in Europa, in der Ukraine werden sie verteidigt.
2. Europa ist unsere Zukunft. Die EU bietet ihren Mitgliedsstaaten Frieden, Freiheit, Demokratie und Sicherheit. Auch die Ukraine strebt einen EU-Beitritt an. Wir unterstützen dieses Bestreben und setzen uns dafür ein, dass die europäische Gemeinschaft das Land dabei unterstützt, eine echte Beitrittsperspektive zu erhalten. Die Sperre russischer Propagandakanäle ist ein zentraler Aspekt der europäischen Sanktionen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die steigende Gefahr russischer Desinformationskampagnen und Spionageaktivitäten ernst zu nehmen und ihnen sowohl in Hessen als auch in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern entgegenzuwirken.
3. Der Landtag begrüßt die Anstrengungen und Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der durch Krieg verursachten Folgen für die Menschen in Hessen und Deutschland. Sie sind ein Zeichen der Stärke unseres Landes. Auch künftig müssen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen durch zielgerichtete Maßnahmen unterstützt werden, um die Folgen der Inflation und gestiegener Energiekosten abzumildern. Aber wichtiger noch als Maßnahmen ist die Bekämpfung der Inflation und ihrer Ursachen selbst. Dazu sind Ausgabendisziplin und die Einhaltung der Schuldenbremse grundlegend. Auch Hessen muss dabei seiner Verantwortung gerecht werden.
4. Etwa 80.000 aus der Ukraine geflüchtete Menschen leben in Hessen. Die Zahl neuer Flüchtlinge steigt aktuell wieder, gleichzeitig kehren bereits Menschen in ihre ukrainische Heimat zurück. Die Landesregierung muss jenen die aktuell in Hessen Schutz suchen bestmöglich unterstützen und zugleich auf einen künftigen und gegebenenfalls raschen Anstieg der Anzahl Flüchtlinge vorbereitet sein. Dafür muss sich die Landesregierung bereits jetzt mit den Kommunen auf einen langfristigen Plan verständigen, um die kurzfristige Wiedereröffnung von Notunterkünften zu gewährleisten und Erstversorgung, Registrierung und Verteilung reibungslos zu gestalten. Auch muss die Landesregierung Angebote schaffen, die den in Hessen lebenden Ukrainerinnen und Ukrainern bei der Suche nach einem Arbeitsplatz sowie geeignetem Wohnraum für längerfristige Aufenthalte helfen.

5. Der Angriff Russlands hat eine gefährliche Abhängigkeit unseres Landes von Energieimporten aus Russland offengelegt. Russland setzt den Stopp von Gaslieferungen gezielt ein, um die Versorgung in Deutschland und Europa zu destabilisieren, Energiekosten in die Höhe zu treiben und unsere Wirtschaft und den sozialen Frieden zu beeinträchtigen. Russland ist kein zuverlässiger Partner, sondern nutzt Energielieferungen als politische Waffe. Umso wichtiger ist es die Energieversorgung unseres Landes krisenfest zu machen, Beschaffungsmärkte und Energieträger zu diversifizieren und Ressourcen in Deutschland besser zu nutzen. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung sind unzureichend, um die Energieversorgungskrise abzuwenden. Die Einsparmaßnahmen in der Landesverwaltung sollten verstärkt werden.

Die mittelständische Wirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Industrie und Haushaltskunden sollten durch unbürokratische Maßnahmen bei der Umstellung der Energieversorgung (Fuel-Switch) unterstützt werden. Künftig wird Wasserstoff eine zentrale Rolle in der Energieversorgung spielen. Andere Bundesländer sind bei der Umsetzung ihrer Wasserstoffstrategien deutlich weiter als Hessen. Die hessische Landesregierung wird deshalb aufgefordert endlich ein umfassendes Wasserstoffförderprogramm aufzulegen. Außerdem muss sichergestellt werden, dass Hessen schon beim Start des neuen Leitungsnetzes für Wasserstoff angebunden wird, denn insbesondere die chemische Industrie ist auf eine leistungsfähige Leitungsinfrastruktur angewiesen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 20. September 2022

Der Fraktionsvorsitzende:



**Rock**